**Auf einen fairen Kaffee mit Kandidaten der Europawahl**

Kandidaten der Europawahl beantworten beim fairen Frühstück Fragen zu ihrem Engagement für den fairen Handel

**Bereits zum neunten Mal können EU-Bürger am 26. Mai ein neues Europaparlament wählen. Eine wichtige Wahl, schließlich sind EU-Beschlüsse auch für Deutschland geltendes Recht: „Städte und Kommunen sind diejenigen, die EU-Politik am Ende umsetzen“, erklärte *Maria Musterfrau, Bürgermeisterin von Musterstadt*. „Daher müssen wir die Chance nutzen und diese Politik noch viel stärker mitgestalten. Nur so können wir sicherstellen, dass EU-Abgeordnete Themen wie den fairen Handel auf die politische Agenda setzen“, so *Musterfrau* weiter. Im Vorfeld der Europawahl war *Musterstadt* dem Aktionsaufruf des Fair Trade Advocacy Office (FTAO) in Brüssel gefolgt und hatte zur Frühstücksaktion „Fair in den Tag“ eingeladen. Bei fairem Kaffee und Orangensaft sollten Kandidaten der Europawahl ihre Haltung zum fairen Handel darlegen.**

Fast 600 Städte und Kommunen tragen in Deutschland bereits den Titel „Fairtrade-Town“. Über 2.000 Städte sind es in ganz Europa. Gemeinsam mit Akteuren aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft setzen sie sich für einen fairen Handel mit dem globalen Süden ein. Zusätzlich braucht es engagierte Abgeordnete in Brüssel, die das lokale Engagement in verbindliche und europaweite Regeln umsetzen. „Europäische Firmen importieren Produkte aus der ganzen Welt“, erklärte *Max Mustermann, Europaparlaments-Kandidat für XXX* und erklärte weiter: „Sie haben Produzentinnen und Produzenten gegenüber eine Sorgfaltspflicht, die auch über die Außengrenzen der EU hinaus bestehen bleibt. Was allerdings fehlt, sind Gesetze, die diese Verantwortung in rechtliche Rahmenbedingungen übersetzen. Daran müssen wir dringend arbeiten.“ *Mustermann* kündigte an, sich im Falle einer Wahl für gerechtere globale Handelsstrukturen einsetzen zu wollen.

**Erstes Etappenziel erreicht**

Bei der letzten Europawahl war eine der Hauptforderungen, unfaire Handelspraktiken europaweit zu verbieten. Dafür hatte das Fair Trade Advocacy Office (FTAO) in Brüssel in den letzten Jahren hart gearbeitet – mit Erfolg: Eine neue EU-Richtlinie verbietet Handelspraktiken wie verspätete Zahlungen für verderbliche Lebensmittelerzeugnisse, Last-Minute-Auftragsstornierungen oder rückwirkende Vertragsänderungen. „Davon profitieren nicht nur europäische Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, sondern auch Produzentenorganisationen im globalen Süden! Das ist ein enormer Fortschritt“, sagte Dieter Overath, Vorstandvorsitzender von TransFair e.V.

**Fairtrade auf EU-politischem Parkett**

Das Fair Trade Advocacy Office in Brüssel, kurz FTAO, vertritt die Interessen der Fair-Handels-Bewegung auf EU-Ebene. Es setzt sich für die Unterstützung globaler Handelsgerechtigkeit ein. Ziel ist eine gute Vernetzung mit EU-Politikern, um mit den EU-Institutionen zu interagieren, diese im Sinne eines gerechten Handels zu beraten und so einen kontinuierlichen politischen Dialog zu führen.